amtsbezirk Calw.

September 1922 (R.-G.-Bl.
chlossen,
an folgende
Leistungen

	Krankengeld täglich	Sterbegeld
	M	M
	10	400
	20	800
	35	1400
	50	2000
	75	3000
	100	4000
	125	5000
	150	6000
	175	7000
	200	8000
	225	9000
	250	10000
	—	400

allgemeine Lohnerhebung

demnächst noch schriftliche
Interesse einer geordneten

aus technischen Gründen
gust bis 24. September)
nfolge der auf 2. Oktober
Aufrechnung gelangt sind.
eptember bis 1. Oktober

sbeiträge wurde Abstand

on der Kassenverwaltung

Verwalter: Praß.

Metzgerinnung
alw und Bezirk.
Die auf Mittwoch, den
Oktober ausgeschriebene
Versammlung
findet
nachmittags 2 Uhr
Kollege Karl Waidelich
„Rößle" in Calw statt.
Der Ausschuß.

ockener Souterrain (ca. 40 qm) als
agerraum
vermieten. Auskunft
ch die Geschäftsst. ds. Bl.

Ebendaselbst ist ein ca.
Liter haltendes
Rundfaß
verkaufen.

ten
en
gblatt
echer Nr. 9.

Calwer Tagblatt

Nr. 231 — Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. — 97. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile Mk. 10.— Reklamen Mk. 30.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %. — Fernspr. 9.

Mittwoch, den 4. Oktober 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 315.—, vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 315.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Im Reichskabinett wurde die Frage der Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide besprochen. Es wurde beschlossen, den Preis für das erste Drittel auf das 3fache der seither festgesetzten Summe zu erhöhen. Dadurch wird eine Erhöhung des Preises für Markenbrot auf mehr als das Doppelte notwendig.

*

Ab 15. Oktober soll eine erneute 60prozentige Erhöhung der Gütertarife, ab 1. November eine 100prozentige Erhöhung der Personentarife bei der Reichseisenbahn erfolgen.

*

Die Konferenz in Mudania hat jetzt begonnen. Die türkischen Forderungen gehen auf Freiheit der Meerengen und Rückgabe von Ostthrazien. Die Russen haben an die englische Regierung eine Note gesandt, in der sie gegen die Blockade der Dardanellen durch England Protest erheben. Die „Freiheit" die die Entente wolle, bedeute lediglich nur die Freiheit der Entente, die Meerengen jeden Augenblick unter jedem Vorwand zu blockieren. Auch die „uninteressierten" Amerikaner machen jetzt ihre materiellen Ansprüche im türkischen Gebiet geltend. Es wird jetzt schon mit aller Macht gegen die Türken gehetzt. Wir sehen also, die Konferenz steht keineswegs unter rosigen Aussichten, und jeden Augenblick kann die Orientkrise eine Entwicklung nehmen, die zu einer Fortsetzung des Weltkrieges führen kann.

*

Die deutsche Stadt Bozen in Südtirol wurde von italienischen Nationalisten überfallen.

Die Kulturschande am Rhein.

Das Urteil eines amerikanischan Offiziers.

In einem Artikel über die „schwarze Schmach" zitiert die Deutsche Zeitung als Beleg dafür, wie das anständige Ausland über die Verwendung unzivilisierter farbiger Truppen zu Büttel- und Schergendiensten gegenüber einer hochkultivierten weißen Bevölkerung denkt, einen Offizier des amerikanischen Feldheeres, der längere Zeit im Rheinlande in Garnison gelegen hat. Der Offizier Edward J. L Blank schreibt in einer amerikanischen Zeitschrift:

„Wenn das amerikanische Volk nur die Hälfte wüßte von dem, was wir amerikanischen Soldaten gesehen haben, so würde es in gerechtem Zorn aufstehen und von seinem Präsidenten verlangen, daß er den Franzosen sofort die Zurücknahme dieser schwarzen Bestien aus Deutschland befehle. Wenn Frankreich das verweigern würde, bin ich überzeugt, daß jeder amerikanische Soldat mit Freuden wieder nach Deutschland zurückginge, um diese schwarzen Bestien nebst ihren Offizieren totzuschlagen, und, wenn es sein muß, die Franzosen selbst zu züchtigen. Zur ewigen Schande von Frankreich muß gesagt werden, daß nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes gerade diese Bestien zur Bewachung des deutschen Volkes nach Deutschland geschickt wurden. Ein Teil von ihnen kam in die Nähe der Zone, in der ich mit meinem Truppenteil lag. Sie gingen in die deutschen Häuser und vergewaltigten deutsche Frauen und Mädchen. Ich habe niemals gesehen, daß ein deutsches Mädchen freiwillig mit einem Schwarzen ging. In England und Frankreich hat man sich große Mühe gegeben, uns einzuprägen, daß das deutsche Volk grausame wilde Menschen und die größten Schurken der Welt seien. Aber wir fanden bald heraus, daß die Deutschen das beste Volk sind, das wir in Europa kennen gelernt haben. Wenn das amerikanische Volk auch nur einigermaßen die Wahrheit über diesen Krieg wüßte, so würde es uns unterstützen, wenn wir sagen: „Niemals wieder wollen wir an der Seite Englands und Frankreichs kämpfen!"

Weiter bringt der genannte Artikel einen Auszug aus einer Adresse, die von der amerikanischen Steuben-Gesellschaft gelegentlich der Konferenz von Washington an Briand und Foch gerichtet wurde und in der es u. a. heißt: Die Besetzung des Rheinlandes durch viele tausend dienstpflichtiger farbiger Truppen wird fortgesetzt und wir betrachten es als unsere Pflicht, an Sie das ernsteste Ersuchen zu richten, daß Sie, die leitenden Männer der französischen Republik, die schnelle Zurückziehung dieser Truppen veranlassen... Wir glauben, daß der „Schrecken am Rhein" ein schweres Unrecht gegen die weiße Rasse und die weibliche Würde darstellt; ein Unrecht, zu welchem sich die fanzösische Nation nicht erniedrigen sollte und zu dem sie sich nicht zu erniedrigen braucht.

Wir wagen zu hoffen, daß unser Appell an Sie nicht umsonst ist; denn wenn er fehlschlagen sollte, wird die Saat des Hasses, welche zwischen Ihrer Nation und dem deutschen Volke und zwischen Ihrem Blut und dem Blut derjenigen, welche an der Reinheit der weißen Rasse und die Würde der Weiblichkeit glauben, aufgehen und so sehr wachsen, daß eher Dunkelheit als das Licht der Verständigung und des guten Willens das Erbteil der Zukunft sein wird... Sollten Sie von unseren Gestaden wieder abreisen, ohne Ihrer schnellen Geneigtheit Ausdruck zu geben, die Zurückziehung der unzivilisierten Truppen vom Rhein zu veranlassen, so sind Tausende und Tausende von Männern und Frauen entschlossen, die logischen Schlüsse daraus zu ziehen. Denn Amerika ist das Land der wahren Moral, des Rassenstolzes und der Würde der Weiblichkeit."

Wir können uns nicht erinnern, daß der obige amerikanische Appell an das „weiße" Gewissen der Herren Foch und Briand irgend etwas ausgerichtet hat. Jedenfalls sprechen die Tatsachen, spricht vor allem die bedauerliche Tatsache, daß die wilden „Kulturträger" vom Senegal und aus Marokko noch immer am deutschen Rhein ihr Unwesen treiben, dagegen. Im Gegenteil. Wie die „Deutsche Zeitung" weiter feststellt, waren folgende Orte Mitte 1922 noch von farbigen Truppen besetzt: Jülich, Dürren, Euskirchen, Siegburg, Wahn, Bonn, Ems, Dietz, Nassau, Boppard, Kreuznach, Bingen, Langenschwalbach, Mainz, Kastel, Höchst, Wiesbaden, Biebrich, Kostheim, Griesheim, Speyer, Germersheim, Landau, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Zweibrücken. — Die Rheinische Frauenliga stellte bis zum vergangenen Jahre 111 Fälle aktenmäßig belegter Sittlichkeitsverbrechen soll, die an denjenigen begangen worden waren, die sich meldeten, ausnahmslos Angehörige der arbeitenden Stände; während die Frauen und Mädchen der gebildeten Stände schweigen, um sich nicht den Untersuchungen französischer Aerzte auszusetzen.

Wann, so fragen wir, wird im deutschen Rheinland endlich die Erlösungsstunde schlagen!

Die orientalische Frage.

Beginn der Konferenz von Mudania.

Paris, 3. Okt. Nach einer vom „Journal des Debats" veröffentlichten Meldung aus Konstantinopel hat die Konferenz von Mudania heute vormittag begonnen. Das Athener Militärdirektorium hat einen General zu seiner Vertretung abgeordnet, der gestern an Bord eines Torpedoboots abgereist ist. — Mudania liegt an der Südküste des Marmarameeres, direkt südlich von Konstantinopel.

Vorbehalte der Angoraregierung bezüglich der etwaigen Ergebnisse der Konferenz.

London, 4. Okt. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß dort im Zusammenhang mit den ev. Beschlüssen der Mudaniakonferenz verlautet, daß alle diese Beschlüsse von der Annahme der Vorschläge der Mächte durch die Angoraregierung abhängen werden.

London, 4. Okt. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß alliierte Kontingente allmählich Thrazien besetzen werden in dem gleichen Verhältnis, wie die Griechen es räumten und daß eine türkische Verwaltung und eine türkische Gendarmerie eingesetzt werden soll. Sowohl die alliierten als auch die türkischen Kreise erwarten ein günstiges Ergebnis der Konferenz.

Die türkischen Forderungen.

Paris, 3. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Smyrna verlautet aus Mudania, daß Generl Ismed Pascha gestern Abend um 10 Uhr in Begleitung seines Adjutanten in Mudania angekommen ist. Der Presse habe er jede Erklärung verweigert. Der englische, der italienische und der französische General seien gestern Abend in Mudania erwartet worden. In Kreisen der Presse verlaute, daß General Ismed Pascha den Auftrag habe, in Mudania die sofortige Räumung Thraziens und die Festsetzung der Grenze, die sie im Jahre 1916 bestanden habe, zu verlangen. Ferner würde gefordert, daß die Besetzung Thraziens durch die alliierten Truppen eine vorläufige Maßnahme im Hinblick auf die anschließende türkische Besetzung sei und daß die notwendigen Vorkehrungen von den Alliierten getroffen würden, um die Deportation türkischer Staatsangehöriger in Ostthrazien im Laufe der Räumung durch die Griechen zu verhindern.

Die Griechen wollen Thrazien verteidigen.

London, 4. Okt. Der Sonderberichterstatter von „Pall Mall and Globe" berichtet, die griechischen Streitkräfte würden Thrazien energisch verteidigen. In bestunterrichteten Kreisen sei man der Ansicht, daß Griechenland ein wohldisziplniertes Heer von 150 000 Mann in Thrazien ins Feld stellen könne.

England wünscht die Räumung Ostthraziens durch die Griechen.

London, 4. Okt. „Evening Standard" zufolge ist das britische Kabinett der Ansicht, daß die griechischen Truppen Ostthrazien unverzüglich räumen sollen, da sie diese Gebiete doch aufgeben müßten.

Zurückziehung der türkischen Truppen aus der neutralen Zone.

Paris, 3. Okt. Nach einer Havasmeldung verlautet, daß die neutrale Zone von den türkischen Truppen geräumt worden sei. Die Nachricht über starke türkische Truppenzusammenziehungen in der Gegend von Brussa—Ismid werden als unbegründet erklärt.

Rußland protestiert gegen die Blockade der Meerengen.

London, 3. Okt. Die Note der Sowjetregierung bezüglich der Blockierung der Dardanellen und des Bosporus durch die britische Flotte erklärt, Rußland habe zahlreiche Aufträge in Europa und Amerika untergebracht und der Transport auf der See nach den Schwarzmeerhäfen sei die geeignete Methode, um die Mehrzahl der Waren abzuliefern. Durch die Sperrung der Meerengen hinderten die Mächte den Wiederaufbau Rußlands. **Die Freiheit der Meerengen**, für die Europa wiederum bereit sei, Blut zu vergießen, **bedeute nur die Freiheit der Ententemächte, die Meerengen jeden Augenblick und unter jedem Vorwand zu blockieren.** Zum Schluß erklärte die Note, die russische Regierung bestehe auf der Aufhebung der Blockade der Meerengen und aller Beschränkungen, die von Großbritnnien und seinen Alliierten verkündet und in Kraft gesetzt worden seien bezüglich der Durchfahrt der Handelsschiffe durch den Bosporus und die Dardanellen. Reuter erfährt aus maßgebenden Kreisen der Alliierten, daß nichts von der Bildung einer zweiten Blockade bekannt sei.

Frankreich und die griechische Revolution.

London, 4. Okt. Reuter meldet aus Athen, die Behauptung der französischen Presse, daß die griechische Revolution nichts als ein Theatercoup gewesen sei, der im Einverständnis mit dem König Konstantin unternommen worden sei, um die Entente irre zu führen, habe in Athen einen beunruhigenden Eindruck hervorgerufen. Die Behauptung der französischen Presse werde umsomehr als absurd angesehen, als die Diplomaten an Ort und Stelle einschließlich des französischen Gesandten die Revolutionäre aufgefordert hätten, die verhafteten Minister Konstantins milde zu behandeln und zwar mit der Begründung, daß ihre summarische Hinrichtung, wie es von einigen Extremisten gefordert werde, einen bedauerlichen Eindruck in Ententekreisen hervorrufen würde. Die Diplomaten hätten sich auch für die Vorkehrungen bei der Abreise Konstantins interessiert.

Frankreich und Amerika wünschen Petroleumrechte in Syrien.

London, 3. Okt. General Maurice drahtet der „Daily Mail" aus Konstantinopel, daß bisher gutunterrichtete nationalistische Kreise erklären, die Frage von Mosul werde bei den Verhandlungen eine große Rolle spielen. Es sei bekannt, daß große französische und amerikanische Konzerne sich für die Petroleumrechte interessierten. — Die „Daily Mail" legt dem Bericht besondere Bedeutung bei in Anbetracht der vor einigen Tagen gebrachten Meldung des Blattes aus Beirut, daß dort angenommen werde, daß Frankreich bereit sei, den Kemalisten einen großen Teil Syriens zurückzuerstatten und nur den größeren Libanon zu behalten, wogegen die Kemalisten bereit seien, Frankreich wahrscheinlich in Erwartung einer radikalen Aenderung des Friedensvertrags von Sèvres die Mosul-Petroleumfelder und die Kontrolle der nordsyrischen Bahn zuzugestehen.

Anspruch der Schwarzmeerstaaten auf Teilnahme an der Orientkonferenz.

Moskau, 3. Okt. Die russische Telegraphen-Agentur meldet: Der Bundesrat der transkaukasischen Republiken

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

wendet sich in einer Erklärung anläßlich der bevorstehenden Konferenz über den nahen Osten und die Meerengen gegen einen etwaigen Ausschluß der hauptsächlich interessierten Staaten von dieser Konferenz. Die Erklärung betont, daß sich der Bundesrat vollkommen auf den Boden der Note der russischen Regierung vom 24. September stelle, und das **Aserbeitschan, Armenien,** sowie **Georgien** in Uebereinstimmung mit Rußland keine Entscheidung über die Meerengen anerkennen würden, die ohne Mitarbeit der transkaukasischen Republiken und entgegen ihren Interessen getroffen wurd.e

Amerikanische Ansprüche bezüglich der Konferenz.

Paris, 3. Okt. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Washington soll Hughes Griechenland, der Türkei und den anderen beteiligten Mächten in einer Note die Auffassung der Vereinigten Staaten von der Krise im nahen Orient dargelegt haben. Man nehme an, daß Bouillon diese Note Kemal überbracht habe. Wie von amtl. Seite verlautet, verlangt Hughes, daß von allen Beteiligten die amerikanischen Rechte (?), sowie die Sicherheit der amerikanischen Bürger und ihres Eigentums unter allen Umständen gewahrt bleiuen. — Amerika hat natürlich in der ganzen Welt „Rechte".

Zur auswärtigen Lage.

Die deutsche Regierung zur Antwort Vivianis.

Berlin, 3. Okt. Wie das WTB. erfährt, wird voraussichtlich von berufener Seite eine Antwort auf Vivianis Aeußerungen zu den Entgegnungen des Reichskanzlers in der Schuldfrage erfolgen. Es kann aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß Vivianis Entgegnungen als übereilt angesehen werden müssen, da er nach seinen eigenen Worten die Veröffentlichungen des Freiherrn v. Romberg nicht kennt. Daher kommt es auch, daß er die neuen Tatsachen, die aus Rombergs Schrift hervorgehen, unberücksichtigt läßt und die altbekannte französische Version wiederholt. Warum der Reichskanzler, wie Viviani meint, über die diplomatischen Archive mit größter Bescheidenheit sprechen soll, ist nicht einzusehen, da die von ihm geleitete Regierung die deutschen Geheimarchive mit Vollständigkeit veröffentlicht hat, die Viviani gestatten, aus den deutschen Geheimdokumenten zu zitieren, während die französische Regierung ihre Archive noch immer verschlossen hält. Den 900 unverkürzten deutschen Dokumenten stehen lediglich die 160 französischen im Gelbbuch von 1914 gegenüber, von denen bereits mehrere als Fälschungen festgestellt wurden.

Diskontierung der deutschen Schatzwechsel durch die Schweizer Banken.

Berlin, 4. Okt. Wie mehrere Blätter melden, bestätigt es sich, daß ein schweizerisches Konsortium unter Führung des Schweizerischen Bankvereins die ersten an Belgien gegebenen sechsmonatigen deutschen Schatzwechsel in Höhe von insgesamt 96 Millionen Goldmark diskontiert habe. Die Diskontierung geschehe zu 4½ Prozent.

Ein skandalöser Gewaltakt der italienischen Imperialisten in Bozen.

Innsbruck, 3. Okt. Die „Innsbrucker Nachrichten" melden aus Bozen: Der Zivilkommissar von Bozen sandte am Samstag an die Oberbehörde nachstehende Meldung: In dieser Nacht sind hier mit Zügen, Autos und anderen Verkehrsmitteln ungefähr 1000 Faszisten angekommen, die gegen acht Uhr morgens die deutsche Elisabethschule besetzt haben. Eine Abteilung Carabinieri und Militär, die sich in der Nähe befanden, konnten die Besitznahme nicht verhindern und mußten in Anbetracht der zahlenmäßigen Uebermacht der Faszisten den Platz räumen, um beklagenswerte Zwischenfälle zu vermeiden. Während des ganzen Tages kamen noch weitere Abteilungen von Faszisten in Bozen an. Der in den Nachmittagsstunden zusammengetretene Gemeinderat beschloß, alle von den Faszisten gestellten Forderungen anzunehmen, bat jedoch, daß die Elisabethschule der Stadt zurückgegeben werde, während sich diese verpflichten würde, sobald als möglich ein anderes Schulgebäude zur Verfügung zu stellen. Während des ganzen Tages dauerten die Verhandlungen der beiden Parteien mit dem Zivilkommissar an. Bis jetzt sind keine Zwischenfälle zu verzeichnen. — Bozen ist bekanntlich kerndeutsch, und soll auf diese Weise von den Katzelmachern verwelscht werden.

Vermischtes.

Die richtige Antwort.

Berlin, 29. Sept. Laut „Vossischer Zeitung" hat der Magistrat von Chemnitz ein Gesuch des tschechoslowakischen Konsulats um Gewährung von Schulräumen für die Unterrichtung tschechoslowakischer Kinder in der Muttersprache mit dem Hinweis abgelehnt, daß in der Tschechoslowakei seit ihrem Bestehen eine überaus große Anzahl von deutschen Schulen der Aufhebung durch den Staat verfallen sind.

Französische Raubpolitik.

Paris, 29. Sept. Der „Eclaire" kommt auf die in Lyon zurückgehaltenen Reliquien aus dem Frankfurter Goethe-Archiv zu sprechen, die er etwas verlegen als Pfand für im Kriege verloren gegangene französische Gemälde und andere Kostbarkeiten behandelt wissen will. Immerhin ist es dem Blatte peinlich, daß wertvolle Dokumente wegen der 500 000 Franken Lagergebühr versteigert werden und etwa in die Hände reicher Sammler geraten könnten. Sie seien vor dem Kriege in liebenswürdiger Weise geliehen worden und es wäre korrekt gewesen, sie nach Aufhebung der Beschlagnahme einfach zurückzugeben.

Paris, 3. Okt. Zur Frage der in Lyon sequestrierten Reliquien aus dem Goethe-Hause in Frankfurt a. M. berichtet man dem „Petit Parisien" aus Lyon ,es scheine, daß die Angelegenheit zur Kompetenz einer Sonderkonferenz gehöre, deren Aufgabe darin bestehe, gewisse sequestrierte Güter vor der Liquidation zu bewahren.

Der Alkoholkonsum der Ententetruppen im besetzten Gebiet.

Paris, 3. Okt. Die Besatzungstruppen haben, wie von den Blättern mitgeteilt wird, im Rechnungsjahr 1921 an deutschen Weinen konsumiert für 118 777 648 Mark. Die Zählung ist erfolgt auf Grund der Bonds, die die Truppen bei den Käufen auf Grund ihrer Steurfreiheit in Zahlung geben müssen. Nicht mitgezählt wurden natürlich die ebenfalls zollfrei eingeführten und von ihnen konsumierten Auslandsweine. Der Reichsfiskus erleidet dadurch einen Verlust von 20 Millionen Mark. Der Verlust an Biersteuer beträgt 90 000 Mark, der Verlust an Tabaksteuer 2 Millionen Mark.

Deutsch-englische Luftverkehrsverhandlungen.

Berlin, 2. Okt. Zur Zeit sind Verhandlungen über die Durchführung eines wechselseitigen deutsch-englischen Luftverkehrs im Gange. Zum Zwecke der Vorbereitung des Verkehrs richtet die englische Instone Line im Oktober versuchsweise eine Luftverbindung zwischen London und Köln ein.

Streik der Wiener Hausbesitzer.

Wien, 2. Okt. Der Zentralverband der Hausbesitzer Wiens und der Alpenländische Haus- und Grundbesitzerbund beschloß gestern wegen Nichterfüllung der zum 1. Oktober befristeten Forderung nach einem 12,4 prozentigen Zuschlag zu den Friedensmieten auf Grund der Geldparität, das heißt der 1900fachen Friedensmiete in Papierkronen, am 3. Oktober Nachmittags, in den Streik zu treten. Die Hausbesitzer Wiens haben sich dem Beschluß angeschlossen. Der Streik soll sich in folgender Weise fühlbar machen: Die Hausbesitzer werden das Wasser von 6 Uhr abends und ferner die Beleuchtung der Treppen und Gänge sperren.

Deutschland.

Die Frage des Getreideumlage- und Brotpreises.

Berlin, 3. Okt. Das Reichskabinett setzte die Beratung über die Erhöhung der Preise für das erste Drittel des Umlagegetreides fort. Der vom Minister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegte Gesetzentwurf, worin etwa **eine Verdreifachung des Preises für das erste Umlagedrittel** vorgesehen ist, wurde **angenommen.** Der Gesetzentwurf wird noch heute dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugehen. Der Reichstag wird sofort nach dem voraussichtlich am 17. Oktober erfolgenden Zusammentreten mit der Angelegenheit befaßt werden. Gleichzeitig mit der Genehmigung der Gesetzesvorlage stimmte das Kabinett dem Antrag des Reichsernährungsministers auf Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle zu. Das von dieser abgegebene Getreide wird sich etwa zu gleichen Teilen aus Inlands- und Auslandsgetreide zusammensetzen. Das Auslandsgetreide hat nach dem sprunghaften Steigen der fremden Valuten in den letzten Monaten eine außerordentliche Preissteigerung erfahren (ausländischer Weizen kostete zur Zeit der Verhandlungen über das Reichsgetreidegesetz und die jetzt geltenden Abgabepreise 18 000 bis 20 000 Mark per Tonne, heute fast 84 000 Mark, nachdem der Preis bereits auf 93 000 Mark und höher gestiegen war). Infolgedessen war eine erhebliche Steigerung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle unter allen Umständen unvermeidlich. Entsprechend muß auch der **Preis für Markenbrot erhöht werden.** Die Erhöhung darf jedoch nicht vor Ablauf dieses Monats eintreten und voraussichtlich **über eine Verdoppelung nicht wesentlich hinausgehen.** Da die Erhöhung des Brotpreises eine schwere Belastung der minderbemittelten Bevölkerungskreise mit sich bringt, beabsichtigt die Regierung, noch im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften in Besprechungen einzutreten, um gleichzeitig **mit der Erhöhung des Brotpreises auch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter zu erwirken.**

Berlin, 4. Okt. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft teilt nach einer Meldung der „Kreuzzeitung" zur Festsetzung des Umlagepreises mit, daß durch seine Verdreifachung eine Erhöhung des Getreidepreises auf etwa ein Drittel des Weltmarkpreises eintrete.

Berlin, 4. Okt. Nach der Meldung einer sozialistischen Parlamentskorrespondenz haben sich die sozialistischen Minister bei der Abstimmung über die Regierungsvorlage zur Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide entsprechend dem am Montag von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefaßten Beschluß der Stimme enthalten.

Die bevorstehende Erhöhung der Personen- und Gütertarife.

Berlin, 3. Okt. Der Reichsverkehrsminister hat den ständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrats auf den 5. Oktober zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen, um über weitere notwendig werdende Tariferhöhungen im Güter- und Personenverkehr zu beraten. Dabei sollen auch die Beschwerden der Oeffentlichkeit über die billigen Personentarife für Ausländer besprochen werden. Nachdem der Ausschuß des Reichseienbahnuats wie erinnerlich am 16. September sich gegen die für den 1. Oktober beabsichtigte starke Gütertariferhöhung ausgesprochen hat, wird nunmehr **für den 15. Oktober eine erneute 60prozentige Erhöhung der Gütertarife eintreten.** Daß die zum 1. Oktober durchgeführte Tarifsteigerung nicht ausreichen konnte, um die vermehrten Ausgaben zu decken, stand für den Reichsverkehrsminister damals schon fest. Es ergibt sich daraus, daß die erhöhten Oktobertarife im Durchschnitt das 280fache der Friedenstarife betragen, während bereits für September die Preissteigerung für die hauptsächlichsten Gebrauchsgegenstände der Reichsbahn wie Kohlen und Eisen weit höher war. Seit der letzten Beratung des Reichseisenbahnausschusses ist aber die vorauszusehende Erhöhung der sachlichen und persönlichen Kosten tatsächlich eingetreten. Die Angleichung der Arbeiterlöhne an die Löhne der Privatwirtschaft und die damit verbundene Aufbesserung der Beamtengehälter belastet die Reichsbahn vom 1. September 1922 bis 1. April 1923 mit rund 45 Milliarden. Dazu kommen die weiteren Gehalts- und Lohnerhöhungen, die aus den zur Zeit schwebenden Verhandlungen über die Neuregelung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne sich ergeben. Die neue Kohlenpreiserhöhung und die damit automatisch verbundene Erhöhung der Eisenpreise, die auch die Preise für die übrigen Gebrauchsgegenstände der Reichsbahn stark in die Höhe treibt, bedeutet eine weitere starke Belastung der Reichsbahn, zu deren Ausgleich eine 60prozentige Gütertariferhöhung erforderlich ist, die nicht bis zum 1. Januar verschoben werden kann. Die kürzlich eingeführten Notstandstarife für Kartoffeln und Obst sollen von der neuen Tariferhöhung wieder nicht berührt werden. Die 100prozentige Erhöhung der Personentarife tritt, wie bekannt, am 1. November in Kraft. Auch ihre weitere Erhöhung vom 1. Dezember ab wird im Ausschuß des Reichseisenbahnrats besprochen werden.

Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit.

Berlin, 3. Okt. Das Reichsarbeitsministerium ist mit dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsrat in Fühlungnahme getreten über die rechtzeitige Bereitstellung von erhöhten Mitteln zur Bekämpfung der für den Winter drohenden Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Zur bevorstehenden Einberufung des Reichstags.

Berlin, 4. Okt. Wie der „Vorwärts" mitteilt, ist die Absicht, den Reichstag erst anfangs November einzuberufen, fallen gelassen worden, da über den Umlagegetreidepreis eine baldige Entscheidung durch das Parlament notwendig ist. Es bleibt also bei der geplanten Einberufung des Reichstags zum 17. Oktober. Der Reichstag wird sich außer mit der Vorlage über den Umlagepreis mit dem Gesetz zum Schutze der Kleinrentner und der Festsetzung des Termins für die Wahl des Reichspräsidenten beschäftigen.

Die Verurteilung der Meuterer bei der Reichswehr.

Lyck, 2. Okt. Die „Lycker Zeitung" teilt mit: Die Verhandlungen wegen Meuterei bei der Reichswehr in **Lötzel** vor der Strafkammer in Lyck endeten am Sonnabend Abend. Es wurden zum Teil recht harte Strafen verhängt. Der als Haupträdelsführer anzuschauende Soldat Pesinger wurde wegen Achtungsverletzung in Tateinheit mit Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft und wegen Veranstaltung einer verbotenen militärischen Versammlung in Tateinheit mit militärischem Aufruhr zu 3 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Labert erhielt wegen Veranstaltung einer verbotenen militärischen Versammlung in Tateinheit mit militärischem Aufruhr 3 Jahre und einen Monat Gefängnis. Zientkowski und Haseloff erhielten 1½ Jahre Gefängnis und 3 Wochen Mittelarrest. 19 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Hauptverhandlung ergab, daß eine vorschriftswidrige Behandlung nicht vorlag, vielleicht mit Ausnahme einiger kräftiger Ausdrücke, wie sie im militärischen Leben öfters vorkommen und nicht als etwas Besonderes angesehen werden; insbesondere sind keine Mißhandlungen vorgekommen. Zweifellos wurden Hetzereien von außerhalb in die Reichswehr hineingetragen, ob von kommunistischer Seite, ließ sich nicht mit Bestimmtheit feststellen.

Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer.

Karlsruhe, 2. Okt. Die Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer fand gestern mit einer großen Versammlung im Festhallen-Saal ihren Abschluß. Angenommen wurde eine Entschließung, in der auf die Gefahren hingewiesen wird, denen wir durch die Bodenverkäufe an Landfremde ausgesetzt werden. Wir werden dadurch Knechte fremder Völker im eigenen Lande. Die Versammlung forderte ein Bodenreformgesetz, wie es der ständige Beirat für Heimstätten beim Reichsministerium entworfen hat. Sie fordert Zusammenfassung der Siedelungspacht, Kleingärten- und Wohnungsgesetze. Jeder deutschen Familie müsse ihren Bedürfnissen entsprechend Wohnung und Wirtschaftsstätte gesichert werden.

Aussperrung der Arbeiterschaft bei Siemens und Halske.

Berlin, 2. Okt. Die Siemens und Halske-A.-G. teilt mit: Ein Teil der Belegschaft des Wernerwerkes von Siemens und Halske drang in die Direktionsräume ein und verlangte, trotzdem über die Angelegenheit bereits Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Verbänden schwebten, die Zurücknahme der Entlassung eines Betriebsratsmitglieds, das wegen unbefugten Verlassens der Arbeit entlassen worden war. Durch tätliche Bedrohung der Betriebsleitung wurde das Zugeständnis der Wiedereinstellung erpreßt. Da durch diese Vorgänge eine ordnungsmäßige Fortführung des Betriebs unmöglich gemacht wurde, hat sich die Direktion gezwungen gesehen, das Wernerwerk bis auf weiteres zu schließen und die Arbeiterschaft zu entlassen.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt".

die erhöhten Oktobertarife
denstarife betragen, wäh-
steigerung für die haupt-
Reichsbahn wie Kohlen
zten Beratung des Reichs-
szusehende Erhöhung der
tsächlich eingetreten. Die
e Löhne der Privatwirt-
fbesserung der Beamten-
1. September 1922 bis
. Dazu kommen die wei-
e aus den zur Zeit schwe-
gelung der Beamtengehäl-
e neue Kohlenpreiserhöh-
ene Erhöhung der Eisen-
gen Gebrauchsgegenstände
bt, bedeutet eine weitere
ren Ausgleich eine 60pro-
ist, die nicht bis zum
Die kürzlich eingeführten
bst sollen von der neuen
erden. Die 100prozentige
bekannt, am 1. Novem-
ung vom 1. Dezember ab
ats besprochen werden.

de Arbeitslosigkeit.

ministerium ist mit dem
hsrat in Fühlungnahme
lung von erhöhten Mit-
ter drohenden Zunahme

ng des Reichstags.

pärts" mitteilt, ist die
November einzube-
r den Umlagegetreide-
ch das Parlament not-
geplanten Einberufung
er Reichstag wird sich
lagepreis mit dem Ge-
nd der Festsetzung des
räsidenten beschäftigen.

bei der Reichswehr.

g" teilt mit: Die Ver-
Reichswehr in Lötzel
eten am Sonnabend
t harte Strafen ver-
anzuschauende Soldat
letzung in Tateinheit
sammelter Mannschaft
rbotenen militärischen
nilitärischem Aufruhr
gnis verurteilt. Labert
verbotenen militäri-
it militärischem Auf-
fängnis. Zientkowski
fängnis und 3 Wochen
n freigesprochen. Die
vorschriftswidrige Be-
it Ausnahme einiger
tärischen Leben öfters
nderes angesehen wer-
andlungen vorgekom-
von außerhalb in die
kommunistischer Seite,
ellen.

r Bodenreformer.

des Bundes deutscher
ner großen Versamm-
schluß. Angenommen
f die Gefahren hinge-
denverkäufe an Land-
rden dadurch Knechte
Die Versammlung for-
der ständige Beirat
rium entworfen hat.
iedelungspacht, Klein-
er deutschen Familie
Wohnung und Wirt-

mens und Halske.

nd Halske-A.-G. teilt
ernerwerkes von Sie-
ektionsräume ein und
egenheit bereits Ver-
en Verbänden schweb-
g eines Betriebsrats-
Serlassens der Arbeit
e Bedrohung der Be-
is der Wiedereinstel-
gänge eine ordnungs-
möglich gemacht wurde,
ehen, das Wernerwerk
Arbeiterschaft zu ent-

Calwer Tagblatt".

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Oktober 1922.

Kartoffelpreise für Württemberg.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Um heuer den Herbstkartoffelbedarf weiter Kreise der Bevölkerung sicherzustellen, die Nachfrage auf dem Lande selbst einzudämmen und damit einen besonders preistreibenden Faktor auszuschließen, sind auf Anregung des Reichsernährungsministeriums die Spitzenverbände der deutschen Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher zum Zweck des Abschlusses von Lieferungsverträgen miteinander in Verbindung getreten. Den Lieferungsverträgen sollen die Preise zu Grunde gelegt werden, die durch die zu diesem Zwecke für die wichtigsten Erzeugergebiete gebildeten, aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher bestehenden Preisnotierungskommissionen festgestellt werden. Auch für Württemberg ist eine solche Kartoffelpreisnotierungskommission gebildet worden. Diese Notierungskommission, die jeden Montag zusammentritt, verrechnet auf Grund der tatsächlichen Marktlage die jeweiligen Kartoffelpreise (Erzeugerpreise) und gibt diese Preise, die, wie bemerkt, lediglich darüber Aufschluß geben, in welchen Grenzen auf Grund der der Notierungskommission bekannt gewordenen Umsätze die Preise sich bewegen, alsbald bekannt. Die in der Sitzung der Kartoffelpreisnotierungskommission am 2. Oktober festgestellten Preise (Erzeugerpreise) für 1 Ztr. Speisekartoffeln ab Verladestation lauten wie folgt: Neckarkreis: weiße 315—335, rote 280—300, gelbfleischige 330—350 ℳ; übriges Land: weiße 280—300, rote 260—275, gelbfleischige 300 bis 320 Mark.

Versteuerung von Tabakwaren.

Die fortschreitende Geldentwertung hat eine Reihe von Kleinverkäufern von Tabakwaren veranlaßt, die an den Packungen angebrachten Tabaksteuerzeichen zu fälschen, um ihre Bestände zu einem höheren Preis verkaufen zu können. Teils will ihnen die Möglichkeit des Verkaufs zu einem höheren Preis nach Anbringung von Zusatzsteuerzeichen an den Packungen nicht bekannt gewesen sein, teils wollten sie dies mit Rücksicht auf die Verbraucher nicht machen. Meist war ihnen die Tragweite ihrer Handlungsweise, vor allem die Tatsache, daß § 56 des Tabaksteuergesetzes auf Fälschung von Tabaksteuerzeichen eine Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis androht, nicht bekannt. Vor solcher Handlungsweise wird daher gewarnt.

Aus der Bürgerpartei.

Am 29. und 30. September hielten die bürgerparteilichen Gemeinderäte, der Landesfrauenausschuß und der Hauptausschuß der Württ. Bürgerpartei in Stuttgart eine Tagung ab. Neben organisatorischen und finanziellen Fragen wurden vornehmlich die kommenden Gemeinderatswahlen besprochen und Richtlinien angenommen, die das Vorgehen der Parteiorganisationen einheitlich regeln werden. Im Landesfrauenausschuß gab Frau Gemeinderat Giese ein Referat über das Thema: „Die Frau im Gemeinderat". Die Partei wird der Notwendigkeit der Frauenarbeit im Gemeinderat durch Aufstellung zahlreicher Frauenkandidaturen Rechnung tragen.

Vom Landtag.

(SCB.) **Stuttgart,** 3. Okt. Die begonnene Sitzungsperiode des Landtags dauert voraussichtlich 14 Tage. Um die Debatte über den Staatshaushalt zu Ende zu führen, werden am Donnerstag und Freitag Doppelsitzungen abgehalten. In der nächsten Woche wird das Kirchengesetz und das Landessteuergesetz erledigt, weshalb meistens Dopelsitzungen stattfinden.

Amtliche Bekanntmachung

Winterkurse an den Staatl. Bauhandwerkerschulen.

Die diesjährigen Winterkurse an den Bauhandwerkerschulen Biberach und Reutlingen (der Schulbetrieb in Hall muß ruhen) beginnen im November und dauern voraussichtlich bis Mitte März 1923. Anmeldungen müssen bis spätestens 10. Oktober bei den Schulvorständen eingelaufen sein, die über alles Nähere Auskunft zu erteilen bereit sind. Bei der Anmeldung ist eine Einschreibgebühr von 20 Mark zu entrichten, die zurückerstattet wird, falls die Zulassung versagt werden muß oder ein Kurs nicht zustande kommt.

Die Ortsbehörden werden ersucht, die Beteiligten auf diese Ausbildungsgelegenheit aufmerksam zu machen.

Stuttgart, den 22. Sept. 1922.

W. Landesgewerbeamt: Jehle.

Bauerntag in Nagold.

* **Nagold,** 3. Okt. Der württ. **Bauern- und Weingärtnerbund** veranstaltete am letzten Sonntag auf dem Stadiacker einen **Bauerntag.** Die Veranstaltung wurde von Herrn Dürr-Sulz geleitet. Reichs- und Landtagsabgeordneter Körner-Herrenberg sprach über die deutsche Wirtschaftspolitik. Er führte nach dem „Gesellschafter" u. a. folgendes aus: An den heutigen Zuständen in der deutschen Volkswirtschaft sei nicht die Landwirtschaft schuldig, sondern die Regierung mit ihrer Erfüllungspolitik. Wie jeder halbwegs denkende Mensch hätte auch die Regierung sagen müssen, es sei unmöglich zu geben, was der Feindbund von uns verlange. Durch Fleiß sei Deutschland so vorangekommen in der Welt. Nun laute aber die Parole: Nicht mehr so viel Arbeit. Der Achtstundentag, diese einseitige Forderung, könne uns unmöglich die Güter schaffen, um das Volk zu ernähren. Wir seien angewiesen auf die Zufuhr vom Ausland, nicht zum wenigsten deshalb, weil große Gebiete dem Reiche geraubt wurden. Aber nicht bloß Lebensmittel, auch Rohstoffe für die Industrie müssen eingeführt werden. In den letzten vier Jahren sei mehr ein- als ausgeführt worden. Das müsse unbedingt umgekehrt werden. Die Sozialdemokratie erkläre heute ganz offen, mit dem Achtstundentag gehe das nicht. Aber sie wolle ihn eben als einzige Errungenschaft der Revolution nicht preisgeben. Es komme zu der wirtschaftlichen noch die politische Schuld: die Annahme des Friedensvertrags von Versailles. Dieser Vertrag sei das brutalste Diktat, das jemals in der Welt bekannt geworden sei. Es sei absichtlich darin so viel verlangt worden, daß es von vornherein schon ganz unmöglich war, ihn zu erfüllen. Ein Punkt sei vor vier Jahren von uns vergessen worden: Nur da, wo die Macht sei, sei auch das Recht. Deshalb müssen wir wieder zur Macht kommen, denn nur dann gebe es ein Recht. Wenn er ab und zu mit verschiedenen Angehörigen der Partei zusammenkomme scheine manchmal der Gegensatz unüberwindlich, aber man finde oft sehr bald, daß man gar nicht weit auseinander sei: Die Ueberschwemmung mit Ausländern, die das essen, was uns fehle, sei ein großer Fehler, den die Regierung nicht zu meistern wisse. Sie meine, je mehr sie nachgebe, desto glimpflicher werde sie behandelt. Einig sein, sei heute die Forderung. Ueber die Zwangswirtschaft sei der Bauer mit Recht erregt. Ueberall sei der Markt frei, aber beim Bauern heiße es: „Bei dir ist es was anderes". Während dem Krieg, wo wir von der übrigen Welt abgeschnitten waren, sei die Zwangswirtschaft wohl berechtigt gewesen, aber jetzt wurden den Bauern Vorschriften gemacht, die er nicht einhalten könne, weil e seben nicht möglich sei. Der Preis des Umlagegetreides sei so niedrig, daß es hieße, auf dem Monde wohnen, wenn er anerkannt würde. Auch der Landwirt habe die gleichen Steuern und Unkosten zu tragen, wie der übrige Volksteil. Die Landwirtschaft habe die Forderung an den Reichsernährungsminister gestellt, einen Zentner Stickstoffdünger für einen Zentner Weizen einzutauschen, davon wolle man aber nichts wissen, weil eben dort der Preis frei, hier aber gebunden sein solle. Wenn ein Gesetz ungerecht sei, müsse es bekämpft werden mit aller Macht. Wer zu dem heute festgesetzten Preis abliefere, gehöre unter Pflegschaft, sei allgemeinschädlich. Der Bolschewismus, der uns in den tiefsten Abgrund stürzen würde, müsse bekämpft werden. — Ueber **Bauernpolitik und Landtagsarbeit** sprach anschließend Herr Landtagsabgeordneter Dingler (Calw). Der Landtag sei nur noch Kostgänger vom Reich. Er selbst habe sich schon die größte Mühe gegeben, mit den andern Parteigenossen einig zu werden. Das ginge auch gut, wenn man allerseits wollte. Was die Landwirtschaft fordere, sei gleiches Recht wie die Industrie. Der Bauernstand habe allerdings die Pflicht und Schuldigkeit, das Volk zu ernähren. Aber es müsse doch erst erzeugt werden, ehe verteilt werden könne. Vor dem Krieg hätter wir 93 Prozent vom nötigen Getreide und das Fleisch erzeugt, 37 Prozent des Zuckers ins Ausland geführt. Vom Import abhängig war nur das Oel. 3 Prozent vom Boden würden auch hier genügen, um uns unabhängig zu machen. Milch und Butter hatten auch immer gereicht; jedem Menschen müsse das kommen, daß das tiefere Ursachen haben müsse. Dem Bauern fehle die notwendige Arbeitsfreudigkeit, die zu heben, bei der Regierung die Mittel liegen. Komme noch ein Fehljahr wie heuer, stehe man schnell vor dem Hunger. Man suche von allen Seiten die Landwirtschaft so hinzustellen, wie wenn sie im Geld schwimmen würde. Durch tendenziöse Nachrichten werde das klarzustellen versucht. Unsere Statistik sei dazu angetan, den Gegensatz zwischen Stadt und Land zu vergrößern, weil nur Lebensmittel, nicht aber Bekleidungsstücke und andere Artikel enthalten seien. Hier könnte von der Regierung viel geschehen. Auch bei der Wohnungsabgabe sei der Bauer der Meistleidtragende. Aus technischen Gründen brauche er eben mehr Gebäulichkeiten als andere Berufsangehörige, müsse aber für alle Arten Wohnungsabgaben bezahlen; deshalb sei es auch hier wieder eine Extraleistung. Aehnlich sei es bei der Steuerbelastung. Die Grundsteuer betrage beispielsweise heute 900 Prozent mehr als seither. Die Landwirtschaft müsse deshalb für die Zukunft eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten fordern. Dann sei dem Bauern auch schon Beamten-Unfreundlichkeit vorgeworfen worden. Das sei unrichtig; nur sei der Bauer der Meinung, daß ein großer Teil dieser Beamten entbehrlich sei. Der achtstündige Arbeitstag der unständig beschäftigten Beamten sei ebenfalls nicht am Platze. Ein Volk, das so im Elend sitzt, müsse auch hier Einhalt gebieten. Die Bezahlung der Beamten müsse derart sein, daß er durchkommt; dagegen sei die Kinderzulage nicht am Platze. Ueber die Zusammensetzung der Reichsgetreidestelle machte der Redner noch interessante Ausführungen, aus denen hervorging, daß nur 1 Landwirt darin vertreten ist. Was können wir tun, um alle die Fragen so zu lösen, wie es das Vaterland erfordert? Wir müssen uns einigen, auch die Arbeiter; letztere fordere er zur Mithilfe auf. Die Presse der Landwirtschaft müsse unterstützt und gefördert werden. Der Landwirtschaft müsse von der Regierung mehr Vertrauen und schließlich die nötige Freiheit gegeben werden; dann werde es auch möglich sein, die passive Handelsbilanz von 2½ Milliarden Goldmark zu beseitigen, und schließlich steige dann auch wieder die Mark. — Den jungen Leuten, die jetzt in Massen sich der Landwirtschaft abwenden und in die Fabriken strömen, werde sich auch mal wieder der Weg umgekehrt weisen. Es sei aber schlimmer, wenn sich das ausländische Kapital in unseren Fabriken festsetze, als ein Rückschlag. Der Landwirtschaft müsse für ihre Produkte diejenigen Preise bezahlt werden, auf die es zu stehen kommt. Die Nicht-Landwirte fordere er hier auf, für die Einigung im Volke zu arbeiten. Auch die Sozialdemokratie sei nun zu diesem Gedanken gekommen, wie der jüngste Parteitag zeigte, oder doch wenigstens einzelne Vertreter derselben Partei. Die Freiheit müsse der Bauer haben und seine schwielige Faust werde sie zu verschaffen wissen.

---

9)

Der C-Bund.

Eine Erzählung für Christenkinder

vom Verfasser des „armen Heinrich".

An wie dünnen Fäden hängt oft vor Menschenaugen ein Menschenleben! Jenes arme Kindlein in dem kleinen Kästchen im Schilf — wie vielen Zufällen war es ausgesetzt, und welcher glorreiche Lebenslauf war ihm beschieden! Jener kleine Knabe, der allein unter allen seinen Geschwistern in dem brennenden Hause vergessen, und dann doch von dem plötzlich sich erinnernden Vater gerettet, später aber doch so ein ausgezeichnetes und gesegnetes Werk in dem Dienste Christi wurde, wie hing sein Leben an einem Haar! Neben jenen dünnen Fäden und Haaren sind aber auch noch andere, unsichtbare Rettungstaue ausgeworfen, d. h. es sind die heiligen Engel beschäftigt, die Kleinen zu deren Dienst sie ausgesandt worden, zu schützen und zu retten. Daher kommt es, daß diese so oft aus den augenscheinlichsten Gefahren auf wunderbare Weise ihr Leben retten, über das der Hüter Israels und seine Heerscharen gewacht haben. Ihr merket schon, was kommen wird; aber wie es gekommen ist, das würdet ihr doch nicht erraten, und ich wills euch daher erzählen.

Eine Meile von Lucowicza weiter landeinwärts liegt ein Dorf, dessen Name ich nicht weiß, und was liegt euch an den Namen bömischer Dörfer! Auch dieses Dorf war von der Verheerung des Krieges betroffen worden; ein Teil desselben war abgebrannt, die übrigen Häuser ausgeplündert, und das Feld lag verwüstet. Unglücklicherweise war gerade die Erntezeit; das Getreide war geschnitten, die Garben standen gebunden auf den Kornäckern; aber ehe man Zeit hatte, sie heimzuführen, kam ein anderer Schnittersmann, von dem das Lied sagt: Es ist ein Schnitter, der heißt Tod, der hat Gewalt vom lieben Gott, usw.; die feindlichen Scharen kamen herangebraust, und wo gestern noch Friede und Glück und Hoffnung gewohnt hatten, da war heute ein Bild der Verheerung zu sehen, auf das die noch übrigen Dorbewohner nur mit Grausen und Schrekken hinschauten. Am folgenden Tage, als die schwarze Kriegswolke sich weiter der Grenze zugewälzt hatte, ging ein Bauersmann, dessen Hütte vom Brand verschont geblieben war, hinaus auf sein Kornfeld, um zu sehen, ob noch eine Garbe oder zwei zu finden seien, die er nach Hause tragen könnte. Richtig lagen noch einige Garben da, aber zwischen drin lag zu seinem großen Erstaunen noch etwas, das er nicht gesucht und nicht erwartet hatte, ein schlafendes Knäblein, etwa zwei Jahre alt. Ein Engel mußte es da hinein gelegt haben, und wirklich schwebte auch auf dem Angesicht des kleinen Schläfers ein so fröhliches Lächeln, wie wenn er gerade den Traum des Erzvaters Jakob träumte; und der gute Bauersmann konnte nicht satt werden, das lächelnde Gesichtlein des schlafenden Knaben anzuschauen, wollte ihn auch nicht wecken, bis er endlich selber erwachte. Nun hatte freilich, wie auch nicht anders zu erwarten gewesen, das Lächeln ein Ende: Das Kind sah die Engel nicht mehr, sondern einen fremden, gänzlich unbekannten Mann, über sich das weitgespannte blaue Himmelszelt, und neben sich, statt der weichen Kissen in seinem Schlafzimmer rauhe Erde mit einigen Stoppeln und einigen Garben. Es rief seiner Mutter und seiner Therese, und da keine von beiden erschien, so begannen kleine Wölklein über die Stirne zu ziehen und Regentropfen aus den Auglein über die rosenfarbigen Wangen zu rinnen. Der Mann nahm das Knäblein auf seine Arme, streichelte es und tröstete, so gut er konnte. Dann ließ er seine Garben liegen und trug das Kind nach Hause. Unterwegs wollten ihm wohl auch Zweifel aufsteigen, ob sein Weib den Kleinen ebenso freundlich aufnehmen werde wie er, aber nein sprach er bei sich selbst; es ist ihr ja schon lang leid, daß wir keine Kinder haben, weil ein früher Tod ihnen das Bett auf dem Kirchhof gemacht hatte; sie wird froh sein, daß sie einen Ersatz bekommt. Und so wars. Der Bericht über die geretteten Garben freute sie; aber noch viel mehr das gerettete Geschenk, das ihr aus der Hand Gottes dargeboten wurde; und als die gute Frau deren Haus so gut wie die andern ausgeplündert war, aus dem Garten hinter dem Haus eine Hand voll Erdbeeren holte, da heiterte sich auch das Gewölk auf der Stirne des kleinen Kindes wieder auf, und obwohl der Kleine noch oft nach Vater, Mutter und Therese rief, so gewöhnte er doch sich allmählich an seine Pflegeeltern, die ihm durch zarte Liebe nach besten Kräften das verlorene Vaterhaus zu ersetzen suchten. Wie das Kind unter die Garben hineingeraten war, ob das Kindsmädchen, das man als eine treue Seele kannte, unterwegs von einer Kugel erreicht worden und das Kind sich auf dem Felde verirrt hatte, oder wie es sonst damit gegangen, das konnten sie nicht erfahren. Die Einwohner von Lukowicza hatten sich geflüchtet und kamen großenteils nicht mehr zurück; der siebenjährige Krieg, der erst angefangen hatte, dauerte noch lange fort, und durch die Kriegsunruhen wurde alle Erkundigung hinüber und herüber erschwert und verhindert. Zwar als der Gutsherr von Lukowicza im Nachbarlande wieder eine Stätte gefunden, da sein Fuß ruhen konnte, schickte er einen zuverlässigen Mann nach Lukowicza mit dem Auftrag, den Ort und die Gegend umher genau auszukundschaften, ob nicht von dem verlorenen Kinde eine Spur aufzufinden wäre; aber der Mann wurde unterwegs an der sächsischen Grenze vom Typhus befallen und starb im Armenhaus eines kleinen Städtchens, ohne seinen Auftrag ausführen zu können. Das Kind selbst konnte natürlich keine Auskunft geben; nur seinen Namen Theodor wußte es zu nennen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Einigung der Sozialdemokraten.

(SCB.) **Stuttgart**, 2. Okt. Die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen Württembergs haben sich nun auch in den Landtagsfraktionen geeinigt. Sie bilden eine gemeinsame Fraktion mit 25 Mitgliedern, 17 Sozialdemokraten und 8 Unabhängigen. Am nächsten Sonntag hält die Partei eine Landeskonferenz ihrer Gemeindevertreter zur Aufstellung eines neuen Gemeindeprogramms.

*

Vom Schwarzwald, 3. Okt. Im hohen Schwarzwald ist Ende voriger Woche nach schweren Gewittern ein außerordentlicher Temperatursturz eingetreten. Auf dem Feldberg sank die Temperatur auf 0 Grad, zugleich setzte heftiges Schneegestöber ein. In den Morgenstunden boten die Gipfel und Halden des Feldbergs, Herzogenhorns, Spießehorns und Stubenwasens das Bild einer Winterlandschaft. In dem verflossenen Monat September herrschte in den obersten Schwarzwaldlagen (Feldberg- und Belchengebiet) an nicht weniger als 6 Tagen regelrechtes Schneetreiben, was seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen war.

(SCB.) **Stuttgart**, 2. Okt. Die **Kriminalabteilung des Landespolizeiamts** hat in letzter Zeit eine **Reihe von Einbruchsdiebstählen** aufgeklärt und die Täter, die meist in Stuttgart ihren Unterschlupf hatten und von da aus ihre Diebesfahrten unternahmen, dem Gericht übergeben. So wurden als Täter des Kircheneinbruchs in Indelhausen OA. Münsingen festgestellt der 38 Jahre alte Friseur Wilhelm Schumacher, der 43 Jahre alte Flaschner Albert Werner, der 30 Jahre alte Friseur Adolf Bartklott und der 31 Jahre alte Monteur Max Barthruft, sämtliche zuletzt in Stuttgart. Die gestohlenen Kirchengeräte, die in einem Garten bei Botnang vergraben worden waren, wurden größtenteils, manches allerdings in beschädigtem Zustand, wieder beigebracht. Werner hat sich noch anderweitig als Dieb betätigt, seine Genossen dabei waren der 30 J. alte Schreinere Adolf Wagner, der 42 J. alte Maurer Oskar Hertweck und der 45 J. alte Gipser Wilhelm Oesle, sämtliche in Stuttgart, die samt ihren Hehlern ebenfalls hinter Schloß und Riegel gebracht worden sind. — Ein gefährlicher Einbrecher ist der 21 Jahre alte Hausbursche Florian Pastusiak, zuletzt in Stuttgart, der kürzlich vom Landjäger in Langenbrand bei einem Einbruch auf frischer Tat ertappt und festgenommen wurde. Er wurde trotz seines hartnäckigen Leugnens durch die weiteren Nachforschungen, teilweise durch das Fingerabdruckverfahren, der Täterschaft zu Einbruchsdiebstählen in Schömberg, Calw und Liebenzell überführt. — Der von der Kriminalabteilung des Landespolizeiamts schon seit einiger Zeit verfolgte 20 Jahre alte Dienstknecht und Einbrecher Karl Geiger von Freiburg i. Br. wurde in Karlsruhe ergriffen und nach Stuttgart zugeliefert. Er hat in den letzten Monaten teils in Württemberg, teils in Baden 9 Einbrüche verübt. Seine Beute im Wert von über 100 000 Mark, darunter viel Bargeld, hatte er in kurzer Zeit bis auf wenige Mark verjubelt.

(SCB.) **Heilbronn**, 3. Okt. Gestern wurden zwei Frauen aus Baden festgenommen, die in zwei hiesigen Geschäften 70 Pf. Butter und eine große Menge Handkäse aufkauften, um diese nach Baden zu verschieben. Die Ware wurde abgenommen. Es ist, so schreibt die zuständige Stelle, unverantwortlich, daß hiesige Geschäftsleute Butter in solch großer Menge an Fremde abgeben, während es den hiesigen Hausfrauen nicht möglich ist, überhaupt Butter zu erhalten. Die beschlagnahmte Butter war vorwiegend sog. Landbutter.

(SCB.) **Cleebronn**, 3. Okt. Eine große Versammlung von Weingärtnern beschloß, mit dem Herbst so lange als möglich zuzuwarten und auf alle Fälle eine vorherige Lese abzuhalten. Durch Entfernung der angefaulten Trauben soll die Güte des Weines gesteigert werden. So hofft man immerhin noch einen mittleren Wein zu bekommen, der sich trinken läßt. Preise wurden noch nicht genannt.

(SCB.) **Friedrichshafen**, 3. Okt. Im See (äußerer Dampferhafen und städt. Badeanstalt) wurden dieser Tage kleine Schildkröten aus der Gattung der europäischen Teich- oder Sumpfschildkröte gefangen, die sich von Larven, Würmern und Insekten nähren. Unter den Gelehrten herrscht noch Zweifel darüber, ob diese Schildkröte im Bodensee beheimatet ist.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar stand gestern auf **1877 Mark**, der Schweizer Franken auf **350 Mark**.

Der Getreideertrag 1922.

Durch das Statistische Reichsamt werden jetzt die Ernteschätzungen durch die Saatenstandsberichterstatter für Anfang August veröffentlicht. Danach beläuft sich der Ernteertrag im Deutschen Reich für Winterweizen auf 16 271 574 Dz., was einem Hektarertrag von 13,7 Dz. entspricht. Die Novemberermittelung des Vorjahrs ergab 26 239 370 Dz. entsprechend einem Hektarertrag von 20,6 Dz., während im November 1913 auf den dem jetzigen Reichsgebiet entsprechenden Ernteflächen 35 326 173 Dz. gleich 24,1 Dz. pro Hektar ermittelt wurden. Für Sommerweizen beläuft sich der Ernteertrag nach der Schätzung von Anfang August auf 2 685 658 Dz. bei einem Hektarertrag von 14,5 Dz. Die entsprechenden Ziffern der Novemberermittelung des Vorjahrs lauten auf 3 098 850 Dz. und 18,6 Dz. pro Hektar und für November 1913 auf 5 104 669 Dz., pro Hektar 24 Dz. Winterroggen August ds. Js. 52 852 314 Dz., pro Hektar 12,0 Dz.; November 1921 67 115 750 Dz., pro Hektar 16 Dz., November 1913 99 871 504 Dz., pro Hektar 19,4 Dz., Sommerroggen August 638 593 Dz., November 1921 870 650 Dz., November 1915 1 446 573 Dz. Sommergerste August 15 813 669 Dz., pro Hektar 13,8 Dz., November 1921 19 389 950 Dz., pro Hektar 171 Dz., November 1913 30 402 182 Dz., pro Hektar 22 Dz., Hafer August 41 307 800 Dz., pro Hektar 12,9 Dz., November 1921 50 049 830 Dz., pro Hektar 15,8 Dz., November 1913 86 186 130 Dz., pro Hektar 22 Dz.

Märkte.

(SCB.) **Reutlingen**, 3. Okt. Dem Obstmarkt am Samstag waren 6000 Zentner Obst zugeführt. Es wurden 160—230 ℳ für den Ztr. bezahlt, während auf den vorhergehenden Märkten 250—320 ℳ bezahlt wurden.

*

(SCB.) **Reutlingen**, 3. Okt. (Schranne.) Die Fruchtschranne notierte am Samstag folgende Zentnerpreise: Weizen 4100—4500 ℳ, Gerste 2700—3300 ℳ, Hafer 2000 bis 3500 ℳ, alter Dinkel 3000 ℳ und Roggen 2500 bis 3100 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Infolge andauernder

Verschärfung der Wohnungsnot

hat sich die städtische Wohnungskommission genötigt gesehen, zu beschließen, daß künftig

ledige Wohnungssuchende unt. 30 Jahren in die Wohnungsliste **nicht mehr aufgenommen**

und bereits eingetragene Personen in die Liste der weniger dringlichen Wohnungsgesuche übertragen werden.

Calw, den 29. September 1922.

Städtische Wohnungskommission: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.

Einlösung von Notgeld.

Nach § 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1922 (Reichsgesetzblatt S. 693) ist das von der Stadtgemeinde ausgegebene Notgeld (10-, 5-, 2- und 1-Pfg.-Stücke) innerhalb dreier Monate vom Tage der Verkündigung des genannten Gesetzes an gegen Aushändigung des Stadtgeldes einzulösen.

Die Besitzer von städtischem Notgeld werden aufgefordert, die Münzen bis

spätestens 14. November 1922

der Stadtpflege zur Einlösung vorzulegen. Die Stadtgemeinde wird von der Verpflichtung der Einlösung befreit, wenn die Vorlegung nicht fristgemäß erfolgt.

Calw, den 30. September 1922.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Werbedrucksachen
in vorbildlicher Anordnung und bester neuzeitlicher Ausstattung
A. Oelschläger'sche Buchdruckerei
Fernsprecher 9 Calw Lederstr. 151.

Gechingen.

Die Gemeinde verkauft einen zur Zucht nicht mehr tauglichen

Farren

Angebote sind bis spätestens Freitag, den 6. ds., nachmittags 6 Uhr hier einzureichen.

Den 3. Oktober 1922.

Schultheißenamt: Schmidt.

Nähgewandte Frauen u. Mädchen
aus Calw oder nächster Umgebung
finden lohnende Heimarbeit.
Christ. Lud. Wagner, Strickwaren-Fabrik, Calw.

Für sofort oder 15. Okt. braves, ehrliches

Mädchen

von 15—17 Jahren am liebsten vom Lande aus achtbarer Familie, zum Anlernen in offenes Geschäft gesucht. Familienanschluß.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Gesucht wird auf sofort jüngeres, ordnungsliebendes

Mädchen

für meinen aus 3 erwachsenen Personen bestehenden Haushalt gegen gute Bezahlung.

Frau Notar Schmidt, Pforzheim, Gewerbeschulstraße 1.

Tüchtige

Köchin

die auch etwas Hausarbeit übernimmt, bei hohem Lohn **sofort oder später gesucht.**

Zimmermädchen vorhanden.

Angebote mit Zeugnissen an

Frau Rob. Hafner, Pforzheim, Gut Buckenberg, Villa Hafner

Ein tüchtiger

Fuhrmann

kann sofort eintreten bei

Güterbeförderer Bauer.

Das **Blaukreuz-Restaurant** Adlerstr. 33 Karlsruhe gegr. von der Ev. Stadtmission, sucht sofort 2 christl. gesinnte

Küchen-Mädchen.

Zeitgemäße Bezahlung wird zugesichert.

12 Taglöhner

finden **sofort Beschäftigung** bei

Bauwerkmeister Alber & Stäbler.

Viehfütterer

welcher auch mit Pferden umgehen kann, kann sofort eintreten bei

Adolf Eble, Müller, Mühlhausen, Amt Pforzh.

Altburg.

Reine, ans Fressen gewöhnte

Milchschweine

verkauft

Georg A. Rentschler.

Hans Gößwein
Calw
Bischofstrasse Nr. 496.
Feine Herren- u. Damenschneiderei
empfiehlt sich in der Anfertigung von
Herren- und Damensachen,
sowie im Wenden von getragenen Herren- und Damenkleidern.
Tadelloser Sitz und prompte Bedienung wird zugesichert.
:-: Billige Preise. :-:

Adler-Schreib-Maschinen
neuestes Modell, fabrikneu, mit Garantie sofort günstig lieferbar
Louis Schleh, Freudenstadt
Fernsprecher 27.
Telefonische Anfrag. od. Lagerbesuch erwünscht. Bedeutender Preisaufschlag steht bevor.

Etwas Gutes
für Haare u. Haarboden ist echtes
Brennessel haar wasser
mit den 3 Brennesseln und feinstes
Birkenhaarwasser
Otto Vinçon, Calw.

Schnitt- u. Band-
Eier-Teigwaren
sofort sehr günstig ab Lager lieferbar.
Karl Haist, Freudenstadt
Friedrichstraße 40.

Calw, den 3. Oktober 1922.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser besorgter Vater:

Karl Eberhard
Kaminfegermeister

Dienstag vormittag nach schwerem Leiden entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Maria Eberhard, geb. Buck, **mit ihren Kindern.**

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt.

Für Blumenspenden wird bestens gedankt.

Von Altburg nach Hof Dicke ging Pferdedecke mit Name G. R. **verloren.** Abzugeben geg. Belohn. bei Georg A. Rentschler, Altburg.

Junger Kaufmann i. Fa. Pfannkuch sucht per sofort **möbl. Zimmer.** Angebote unter W. K. 22 an die Geschäftsst. d. Bl.

Tafelbirnen sind zu haben Uhlandstraße 661.

In Liebenzell, Hirsau od. Nähe Bahnstation 1 **Familienhaus** mit kl. Garten von Selbstkäufer gesucht. Preisofferten erbeten unter S. T. 2238 an Ala-Haasenstein & Vogler, Stuttgart.

Freiwillige Feuerwehr Calw.

Unser Kamerad **Karl Eberhard** ist gestorben u. wird Donnerstag mittag 3 Uhr beerdigt. Die 1. Kompagnie hat vollzählig auszurücken.

Sammlung 2½ Uhr am Spritzenhaus.

Das Kommando.

K. V.
Morgen Donnerstag **Zusammenkunft** im „Bürgerstüble".

Sportfischer sucht Kauf, Pacht oder Beteiligung an **Forellenwasser,** auch kleinen Umfangs. Gef. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.